

Unsichere Zukunft für die pädagogischen Hochschulen

NZZ

Die Lehrerbildung sollte künftig wieder an die Universitäten gebunden werden

Montag 14. Dez. 2009

Im «Weissbuch der Akademien» wird nicht nur die Berufsbildung auf den Prüfstand gestellt und werden höhere Maturandenquoten gefordert. Hinterfragt wird auch die Lehrerbildung. Der Autor sieht pädagogische Hochschulen als Übergangslösung.

Rudolf Künzli

Das Weissbuch «Zukunft Bildung Schweiz» der Akademien weist auf eine grosse Zahl von Schnittstellen, Überschneidungen und Reibungsflächen hin, die zwischen den Einrichtungen einen steigenden Bedarf an fachlicher, organisatorischer und administrativer Koordination nötig machen. Solche Schnittstellen sind vielfach Folgen von pragmatischen Reformen, die sich mehr innerer Not und äusserem Druck als klaren Vorstellungen einer künftig besseren Organisation verdanken. In Rücksicht auf vorhandene Widerstände bleiben möglichst viele Elemente der alten Ordnung bestehen oder werden Ausnahmeregelungen weiter ermöglicht. Die Einrichtung von pädagogischen Hochschulen in der Schweiz trägt manche Züge solcher defensiver Modernisierung. Ihre Gründung war der in der Schweiz politisch mögliche Kompromiss zur erforderlichen Tertiärisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung.

Keine echten Fachhochschulen

Die pädagogischen Hochschulen (PH) gelten bildungssystemisch als Fachhochschulen. Sie unterscheiden sich aber von diesen in drei zentralen Punkten. Sie sind erstens ausschliesslich kantonale finanziert. Die Zulassung zum Studium an den PH ist zweitens grundsätzlich die gymnasiale Maturität, ein Grundsatz, der aber in Rücksicht auf alte Rekrutierungsfelder durch eine Reihe von Sonderwegen wie etwa eine neue Berufsmaturität Pädagogik wieder durchbrochen wird. Sie bilden drittens fast ausschliesslich für die Geldgeber aus und bereiten ihre Studierenden für das Lehramt an öffentlichen Schulen vor, bewegen sich also in einem durchregulierten Feld. Zudem sind sie im Leistungsbereich der Fort- und Weiterbildung eng mit den kantonalen Schulentwicklungen verknüpft.

Die PH unterscheiden sich von den Universitäten auch darin, dass sie keine



Teamarbeit – angehende Lehrpersonen der Sekundarschulstufe an der Pädagogischen Hochschule in Zürich. CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Rechte zur akademischen Qualifikation und damit auch grosse Mühe haben, einen Mittelbau aufzubauen. Qualifikation und Anstellungsstruktur der Dozentinnen und Dozenten sind analog zu den Fachhochschulen organisiert.

Heikles «Outsourcing»

Aus dieser Sonderstellung der PH erwächst eine Reihe von Schnittstellenproblemen. Dazu gehören Probleme bei der Studienmobilität und der Karriereplanung für Studierende und Lehrende. Die fachwissenschaftliche Ausbildung der Lehrpersonen, insbesondere jener der Sekundarstufe I, können nur wenige PH mit eigenem Personal leisten. Sie werden dann wegen der meist recht kleinen Zahl von Fachstudierenden – zumal in den «kleinen» Fächern – zu erheblichen Kosten gezwungen. Es ist dann sinnvoll oder nötig, diese Ausbildung durch die Universitäten abzude-

cken. Das ist aber wiederum nur dort möglich, wo die räumliche Nähe eine solche Zusammenarbeit auch studienpraktisch möglich macht.

Zu den Schnittstellenproblemen gehört weiter die fachdidaktische Forschung. Sie ist einer der Kernbereiche des Lehrerberufes und das einzige Alleinstellungsmerkmal pädagogischer Hochschulen. Sie auf qualitativ angemessenem Niveau betreiben zu können, erfordert den engen Kontakt zu den fachlichen Bezugswissenschaften ebenso wie zu den Berufswissenschaften und zur Schulpraxis.

Europäischer Sonderfall

Wird die fachdidaktische Forschung primär an Universitäten angesiedelt, etwa in Form der neu entstehenden Fachdidaktik-Lehrstühle, die zugleich die Aufgabe der Qualifikation des Nachwuchses für die pädagogischen Hoch-

schulen haben, erfordert das besondere Transferlösungen.

Vielmehr wurden diese strukturellen Barrieren mit pragmatisch kreativen Lösungen vor Ort überbrückt. Man hat Koordinationsgremien gegründet, gemeinsame Anliegen und Interessen in gemeinsam getragenen Einrichtungen zusammengeführt oder sogenannte Doppelprofessuren geschaffen.

Dass solche Lösungen sehr störungsanfällig sind und einen hohen Kommunikations- und Koordinationsaufwand erfordern, braucht nicht besonders betont zu werden, zumal hier auch viel institutionellrechtliches Neuland betreten werden musste.

So erfreulich solche Entwicklungen einerseits sind, so sind sie doch eher Reparaturlösungen mit hoher administrativer und personeller Dauerbelastung. Pädagogische Hochschulen bleiben auch mit Blick auf die Ausbildungen in den andern Ländern dieser Welt

ein hochschulpolitischer Sonderweg einiger weniger deutschsprachiger Regionen, der historisch und pragmatisch politisch durchaus gerechtfertigt war, dessen Gewinn aber die Mehrkosten je länger, je weniger aufwiegen kann.

Akademischer Mittelbau fehlt

Mit Blick darauf kann die Institution PH, so wie sie jetzt verfasst ist, nur eine Übergangslösung sein. Bevor dieser Hochschultyp als eigenständige Hochschule über das neue Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) rechtlich verankert wird, muss geklärt werden, wie die Schnittstellen bearbeitet werden sollen.

So muss klar sein, dass die fachdidaktische Forschung mit ihren zu schaffenden Lehrstühlen primäre Aufgabe der PH ist. Das wiederum ist nur möglich, wenn auch ein akademischer Mittelbau aufgebaut werden kann. Un dies wiederum hängt vorab davon ab, dass die PH auch das Recht zur akademischen Promotion erhalten.

Dass dazu auch die finanziellen Mittel bereitgestellt sein müssen, versteht sich von selber. Eine mit allerhand Ausnahmen und Sonderkonditionen versehene Einbindung der pädagogischen Hochschulen in das HFKG zwischen Universitäten und Fachhochschulen brächte nicht nur keine Vereinfachung der Strukturen, sondern – so muss befürchtet werden – im Gegenteil nur eine weitere Vermehrung der Schnittstellen, Reibungsflächen und Koordinationsgremien. Demgegenüber wäre eine konsequente Vollintegration der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in die Universitäten, wie sie bereits in Genf erfolgt ist, der bei weitem erfolgversprechendere Weg.

Diese Lösung hätte auch den Vorteil, dass sie die fachliche Lehrkapazität der Universitäten in der Lehrerbildung einfacher nutzen kann, den Bezug der fachdidaktischen und unterrichtspraktischen Forschung zu den akademischen Bezugsdisziplinen sicherte und unnötige Doppelangebote auch im Bereich Erziehungswissenschaften und Gymnasiallehrerausbildung vermieden werden könnten. Die Nähe zur Schulpraxis müsste bei geeigneter Studienplanung deshalb keinesfalls verloren gehen.

Der Autor ist Titularprofessor der Universität Zürich für Pädagogik und war bis Ende 2006 erster Direktor der Pädagogischen Hochschule der FHNW.

«Wir brauchen weder Promotionsrecht noch akademischen Mittelbau»

Die Reaktionen eines Rektors einer pädagogischen Hochschule auf die Reformvorschläge des Weissbuchs

Der Rektor der Pädagogischen Hochschule Thurgau, Prof. Ernst Preisig, ist überzeugt, dass die Lehrerbildung in der heutigen föderalen Form im Hochschulsystem verankert bleiben wird.

Im Weissbuch der Akademien werden die pädagogischen Hochschulen im Bildungssystem nur als Übergangslösung bezeichnet. Eine Provokation?

Ob das zutrifft, ist mehr als offen. Mit diesem Schultypus wurde die Ausbildung aller Kategorien von Lehrpersonen in allen Kantonen mit Ausnahme Genfs auf Hochschulstufe angesiedelt. Das war ein für die Schweiz beispielloser Reformschritt. Diese Schulen werden nach meiner Überzeugung noch lange die wichtigsten Aus- und Weiterbildungsstätten für Lehrpersonen bleiben. Sie widerspiegeln kantonale Traditionen und orientieren sich an der bildungspolitischen Machbarkeit.

Aber sind die pädagogischen Hochschulen in den Kantonen als eigentlich unechte Fachhochschulen auch akzeptiert? Da die Organisation und Gestaltung der Volksschule in der Kompetenz der Kantone liegt, ist es nur folgerichtig, dass

auch die Ausbildung der Lehrpersonen durch die Kantone verantwortet wird.

Es braucht also gar keine Anerkennung? Die Anerkennung der einzelnen Schule ist nicht relevant. Hingegen führte eine Anerkennung der Studiengänge durch die EDK zur nationalen Anerkennung der Diplome und zur kostenrelevanten Anerkennung durch andere Kantone.

Und auch der oben geforderte Aufbau eines akademischen Mittelbaus sowie das Promotionsrecht sind unnötig?

Sicher, pädagogische Hochschulen sind bereits heute umfassend im kantonalen Recht verankert, ohne dass ein akademischer Mittelbau und das Promotionsrecht verlangt werden.

Das neue Hochschulgesetz will aber inhaltlich eine teilweise Ausweitung auf pädagogische Ausbildungsstätten.

Wir erwarten auch mit Interesse die entsprechenden Beratungen im Parlament. Wenn dann mal das neue Gesetz in Kraft tritt, hätten sich pädagogische Hochschulen ebenfalls einer institutionellen Akkreditierung zu unterziehen.

Und ihren Namen behalten sie doch? Das denk ich schon, das Recht zur Führung der Bezeichnung «Pädagogische



«Wir sind in der Lage, genug Nachwuchs auszubilden.»

Ernst Preisig
Rektor PH Thurgau

Hochschule» wird auch ohne Mittelbau und Promotionsrecht erteilt.

Und was halten Sie von der Anregung Künzlis, die Lehrerbildung analog zum Genfer Modell wieder in die Universitäten zu integrieren?

Eine Integration der Lehrerbildung in die Universitäten ist für beide Seiten (noch) kein Thema. Sehr wohl können aber kluge Kooperationen mit Universitäten, etwa in den Fachdidaktiken, die Stärkung des Mittelbaus sowie den Aufbau von Masterstudiengängen mit anschliessender Promotionsmöglichkeit fördern. Die von Herrn Künzli erwähnten Schnittstellenprobleme sind bei beiderseitigem gutem Willen bewältigbar.

Ab 2010 drohen im Lehrberuf aufgrund der Pensionierungswelle Nachwuchspro-

bleme. Ausgewiesen ist ein Bedarf von 7400 neu eintretenden Lehrkräften allein auf Primar- und Sekundarstufe I. Können die PH das bewältigen?

Zurzeit bestehen in der Schweiz 14 pädagogische Hochschulen mit noch weit mehr Standorten sowie 3 universitäre Ausbildungsinstitutionen. Die Lehrerbildung ist regional breit verankert. Wachsende Studierendenzahlen sollten für keine Schule ein Problem bedeuten.

Und wenn es doch nicht reicht?

Dann plädiere ich für mehr Durchlässigkeit. Wer ein Primarlehrerdiplom besitzt, sollte mit vernünftigem Aufwand eine Lehr-Erweiterung etwa für Sekundarstufe I erwerben können.

Könnte vielleicht das Potenzial älterer Lehrpersonen weiter genutzt werden?

Aus guten Gründen streben die meisten Lehrpersonen die vorzeitige Pensionierung an, von längerem Verbleib im Beruf ist daher abzusehen. Da sehe ich schon eher die Möglichkeit des Wiedereinstiegs Jüngerer, wie dies auch schon in früheren Jahren praktiziert wurde.

Dass der Lehrermangel zu einer Nivelierung bei der Ausbildungsqualität führen könnte, fürchten Sie nicht?

Ich sehe keinen Zusammenhang zwi-

schen höheren Studierendenzahlen und der Ausbildungsqualität. Die Aufnahmekriterien sind via EDK-Richtlinien klar festgelegt, das Aufnahmeverfahren wird soeben harmonisiert. Zudem gewährleistet der enge Praxisbezug während des Studiums die frühe Klärung der Anforderungen im Lehrberuf.

Apropos Lehrberuf: Soeben hat der Lehrerdachverband via Arbeitszeit-Studie belegt, dass Lehrkräfte mehr als drei Wochen unbezahlte Überstunden absolvieren. Trifft das Ihre Erfahrungen? Absolut, die Zahlen zeigen, dass Lehrende aller Stufen Ausserordentliches leisten. Eine Abgleichung von Gesamtaufwand und Entschädigung, wobei der Unterricht nur einen Teil darstellt, wäre dringlich. Aber überlange Arbeitszeit ist nur eine der Herausforderungen.

Wo hapert es denn sonst noch?

Sicher beim Umgang mit Heterogenität und Integration und bei den Reformen. Zudem ist klar, dass Studien zu schulischen Kompetenzen wie etwa Pisa dazu führen, dass Eltern der bildungsnahen Schicht den Druck auf Schule und Lehrer erhöhen. Gleichzeitig wird die Förderung Jugendlicher bildungsferner Schichten gefordert – ein echter Spagat.

Interview: hag.